

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben



LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: KV Tübingen

Beschlussdatum: 25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Nach Zeile 230 einfügen:

Eine funktionierende Demokratie setzt mündige Bürger voraus, die sich vor Wahlen und Volksabstimmungen bestmöglich über die jeweiligen Angebote der Parteien informieren können. Der Zugang zu politischer Information wird jedoch aktuell dadurch eingeschränkt, dass Rechtsunsicherheit darüber besteht, ob der Aufkleber 'Bitte keine Werbung' auf Briefkästen auch Wahlkampfinformationen politischer Parteien und Informationen zu Bürgerentscheidungen umfasst. Die direkte Ansprache aller Wahlberechtigten ist jedoch wesentlich dafür, eine hohe Wahlbeteiligung und eine hohe Partizipation an demokratischen Prozessen zu erreichen. Eine neue Landesregierung unter grüner Beteiligung wird sich daher im Bundesrat dafür einsetzen, das Parteiengesetz entsprechend zu ändern.

Begründung

Nach derzeitiger Rechtslage ist es umstritten, ob ein Aufkleber „Bitte keine Werbung“ auch Wahlkampfwerbung politischer Parteien umfasst. Rechtsprechung gibt es dazu nur auf der Ebene eines Oberlandesgerichts. Laut wissenschaftlichem Dienst des Bundestags ist es auf Bundesebene möglich, durch Gesetzesänderung Rechtssicherheit zu schaffen (WD 3 - 3000 - 106/16). Derzeit verzichten die meisten grünen Kreisverbände darauf, in Briefkästen mit dieser Kennzeichnung Wahlkampfwerbematerial einzuwerfen, um rechtliche Risiken zu vermeiden. Dies wird jedoch vom politischen Wettbewerb teils sehr unterschiedlich gehandhabt, weswegen unseren Kreisverbänden ein politischer Wettbewerbsnachteil entsteht. Es liegt daher im Interesse eines jeden grünen Kreisverbands, aber auch anderer Parteien, eine Regelung herbeizuführen, die Rechtssicherheit schafft und unseren Ehrenamtlichen an der Basis einen möglichst effektiven grünen Wahlkampf ermöglicht.